

## **GSP.I-01** Kapitel 8: International zusammenarbeiten

Gremium: Bundesvorstand  
Beschlussdatum: 24.08.2020  
Tagesordnungspunkt: GSP-I International zusammenarbeiten

### **Antragstext**

#### 1 **Kapitel 8: International zusammenarbeiten**

#### 2 **Frieden und internationale Ordnung**

3 (327) Die großen politischen Herausforderungen unserer Zeit lassen sich nur global  
lösen.

4 Nachhaltige Politik bedarf vorausschauenden Handelns in internationaler Kooperation.

5 (328) Eine an Frieden, Freiheit, Solidarität, Menschenrechten und globaler  
Gerechtigkeit

6 orientierte Politik braucht Bündnisse all derer, die an den Wert von Kooperation und  
die

7 Stärke des Rechts in den internationalen Beziehungen glauben – gerade weil offene  
8 Gesellschaften immer stärker auch im globalen Systemwettbewerb mit autoritären  
Staaten und

9 Diktaturen stehen. Multilaterale Zusammenarbeit in den internationalen  
Organisationen bleibt

10 die beste Form, globale Politik zu gestalten.

11 (329) Es braucht eine internationale Ordnung, die auf der gerechten Verteilung  
globaler

12 Ressourcen und auf verbindlichen Regeln fußt, die die Rechte von Einzelnen und von  
13 Kollektiven schützt, Konflikte verhindert oder gewaltfrei und zum Wohle der  
Allgemeinheit

14 löst.

15 (330) Eine friedliche und gerechte Weltordnung erfordert starke Vereinte Nationen mit  
dem

16 Ziel einer Weltinnenpolitik. Die Vereinten Nationen sind das zentrale Forum, um  
17 völkerrechtliche Normen zu entwickeln und sich auf weltgemeinschaftliche Ziele zu  
18 verständigen. Sie müssen gestärkt werden.

19 (331) Die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik ist unsere Brücke in die  
20 Zivilgesellschaften der Welt. Das Netzwerk ihrer Akteur\*innen schafft sichere  
21 Begegnungsräume für den kulturellen Austausch, Zugang zu Bildung und Wissen und  
übernimmt

22 Verantwortung auch aus unserer Geschichte heraus. Sie ist wertegeleitete  
Außenpolitik auf

23 individueller Ebene, die Frieden und Entwicklung, internationale Kooperation und  
Solidarität

24 in den Mittelpunkt stellt.

25 (332) Zur Bearbeitung globaler Herausforderungen braucht es die Europäische Union  
als

26 Friedensmacht, die sich ihrer Verantwortung in der Welt, besonders im Rahmen der

Vereinten

27 Nationen, bewusst ist und zum Prinzip der internationalen Kooperation steht. Dieser  
28 Verantwortung kann die EU nur gerecht werden, wenn sie nationale Spaltungen  
überwindet und  
29 gemeinsam handelt. Die Antwort auf die aktuellen globalen Herausforderungen ist  
eine stetige  
30 Vertiefung und Weiterentwicklung der EU, perspektivisch hin zu einer Föderalen  
Europäischen  
31 Republik.

## 32 **Europäische Union**

33 (333) Die Europäische Union ist Anker für Multilateralismus und demokratische  
Souveränität  
34 in einer globalisierten Welt. Es gilt, das Versprechen der Europäischen Union auf eine  
35 wertebasierte Politik nach innen und außen einzulösen. Bei Krisen gerät das Projekt EU  
immer  
36 wieder unter Druck, die Nationalstaaten agieren ohne Absprachen und oft  
unsolidarisch.  
37 Gerade in Krisen aber zeigt sich, dass die EU als Gemeinschaft stärker ist als jedes  
Land  
38 für sich allein und dass die Europäische Union mehr ist als ein Binnenmarkt. Sie muss  
als  
39 politisches Projekt weiterentwickelt werden.

40 (334) Es ist zentrale Verantwortung der EU-Mitgliedstaaten, die Gräben in der  
Europäischen  
41 Union nicht durch nationale Egoismen zu vergrößern. Es ist ihre Verantwortung, die  
42 Handlungsfähigkeit der EU nach innen und außen zu verbessern.

43 (335) Die Europäische Grundrechtecharta, freie Binnengrenzen und europäische  
Freizügigkeit  
44 sind Meilensteine der europäischen Einigung, hinter die wir nicht zurückfallen dürfen.

45 (336) Auf Grundlage der gemeinsamen Werte braucht es ein gemeinsames  
strategisches  
46 Bewusstsein der EU, das sich durch die verschiedenen Politikbereiche zieht. Indem die  
EU  
47 mehr strategische Souveränität aufbaut, kann sie auch global Demokratie schützen  
und den  
48 Klimaschutz voranbringen sowie in der Wirtschafts- und Finanzpolitik an  
Menschenrechten und  
49 Gemeinwohl orientierte Standards setzen.

50 (337) Mit dem größten Binnenmarkt der Welt hat die EU wirtschaftlich einen großen  
Einfluss.  
51 Daraus erwächst die Verantwortung, diese Stärke für eine an Menschenrechten und  
Gemeinwohl  
52 orientierte und regulierte Globalisierung einzusetzen, die Krisen verhindert, statt sie zu  
53 verstärken. Wer ökologisch, sozial, transparent und menschenrechtskonform  
produziert, soll  
54 davon einen Vorteil haben. Wer das Gegenteil tut, soll negative Konsequenzen spüren.

- 55 (338) Damit Herausforderungen nicht nur durch die eigene nationalstaatliche Brille  
56 betrachtet werden und um gegenseitiges Verständnis zu stärken, braucht es einen  
57 paneuropäischen Diskurs in einer europäischen Öffentlichkeit sowie eine  
paneuropäische  
58 Zivilgesellschaft. Dafür sind nichtkommerzielle und europäisch geförderte  
Kommunikations-  
59 und Begegnungsräume für alle Europäer\*innen notwendig – digital, über die  
klassischen Medien  
60 und im direkten Austausch miteinander –, ebenso wie gemeinsame  
Organisationsformen wie  
61 europäische Vereine und gemeinnützige Organisationen.
- 62 (339) Eine starke Europäische Union gibt es nur mit verstärkter Zusammenarbeit.  
Denn nicht  
63 alle EU-Staaten wollen immer dasselbe zur selben Zeit. Die fehlende Einigung der EU-  
Staaten  
64 oder die Blockadehaltung einzelner Staaten dürfen nicht zur Ausrede für kollektives  
65 Nichthandeln werden. Deswegen müssen manche Mitgliedstaaten nächste Schritte  
eher gehen als  
66 andere und in manchen Dingen gemeinsam vorangehen. Dabei ist immer  
sicherzustellen, dass das  
67 Projekt der Europäischen Union als Ganzes nicht gefährdet wird und dass alle  
Mitgliedstaaten  
68 sich jederzeit anschließen können. So kann es in einem Bündnis der europäischen  
Demokratien  
69 auch gegen die nationalistischen Kräfte und Regierungen in Europa gelingen, das  
europäische  
70 Einigungswerk fortzusetzen sowie Rechtsstaatlichkeit und Demokratie zu stärken.
- 71 (340) Die EU muss weltpolitikfähig werden. Sie muss im Sinne universeller Werte und  
daraus  
72 abgeleiteter Interessen die Regeln und Realitäten des internationalen Umfelds  
mitgestalten.  
73 Eine geeinte Europäische Union kann sich in der globalisierten Welt als Akteurin  
behaupten  
74 und demokratische und nachhaltig orientierte Gestaltungskraft entfalten. Die  
Grundlage dafür  
75 bilden die Menschenrechte und die globalen Nachhaltigkeitsziele.
- 76 (341) Die EU muss ihre Soft Power nutzen, um die internationale Politik entscheidend  
77 mitzugestalten. Dabei gilt es, nationale Interessen im Lichte des europäischen  
Gemeinwohls  
78 und der europäischen Handlungsfähigkeit zu definieren und die Leitlinien der  
Mitgliedstaaten  
79 in einer gemeinsamen außenpolitischen Strategie zu bündeln. Das Prinzip der  
Einstimmigkeit  
80 soll durch Mehrheitsentscheidungen ersetzt werden, um die gemeinsame Außen- und  
81 Sicherheitspolitik der EU (GASP/GSVP) zu stärken und so handlungsfähiger zu werden.
- 82 (342) Das Friedensprojekt Europa ist mehr als die EU. Daraus erwachsen  
Verpflichtungen im  
83 Erweiterungsprozess und in der Nachbarschaftspolitik. Die EU steht in der politischen  
84 Verantwortung, das Vertrauen in das Beitrittsversprechen nicht zu enttäuschen und

85 gleichzeitig den notwendigen Reformprozess in den Beitrittsländern mitzugestalten.  
86 Partnerschaften, wirtschaftliche Zusammenarbeit und Solidarität mit den Regionen vor  
Europas  
87 Haustür tragen zu Stabilität und Sicherheit bei. Die Östliche Partnerschaft der EU ist  
eine  
88 wichtige Säule, die auf demokratischer Solidarität und der selbstbestimmten  
Entwicklung der  
89 osteuropäischen Nachbarn basiert. Auch die Kooperationen mit Staaten in Nordafrika  
und dem  
90 Nahen Osten können Demokratisierung, Durchsetzung von Menschenrechten und  
wirtschaftliche  
91 Entwicklung stärken. Unter dieser Prämisse sollen sie ausgebaut werden. Die  
gemeinsamen  
92 europäischen Institutionen wie OSZE oder Europarat sind im Zusammenspiel mit einer  
starken  
93 Europäischen Union wichtige Plattformen einer multilateralen Weltordnung.

#### 94 **Bündnispolitik**

95 (343) Die Vereinten Nationen bilden den multilateralen Rahmen der internationalen  
96 Zusammenarbeit. Mehr Verantwortung in den Vereinten Nationen erfordert von  
Deutschland und  
97 der EU, ihr Engagement finanziell, personell und diplomatisch substanziell zu  
verstärken,  
98 besser zu koordinieren und die internationalen Vereinbarungen auch konsequent und  
kohärent  
99 in nationale und europäische Politik umzusetzen. Dabei geht es um das Prinzip der  
Reform  
100 durch Stärkung. Das ist gerade wichtig, wenn nationale Egoismen zunehmen und  
wichtige  
101 Entscheidungen blockiert werden.

102 (344) Der Sicherheitsrat und andere Organe der Vereinten Nationen müssen an die  
Realitäten  
103 des 21. Jahrhunderts angepasst werden. Das betrifft sowohl die strukturelle und  
finanzielle  
104 Ausstattung von VN-Organisationen als auch eine gerechtere Repräsentation der  
Regionen und  
105 der Beitragsleister im Sicherheitsrat.

106 (345) Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) soll als Sonderorganisation der VN und  
als  
107 wichtigste Organisation im Bereich der globalen Gesundheit gestärkt werden. Ihre  
Aufgabe  
108 kann sie nur mit einer ausreichenden Ausstattung und einem starken Mandat  
ausführen. Dafür  
109 sind deutlich höhere Beiträge an die WHO notwendig.

110 (346) Wenn multilaterale Prozesse in den Vereinten Nationen und der EU dauerhaft  
blockiert  
111 sind, braucht es im Sinne der Stärkung des internationalen Rechts und der  
internationalen  
112 Ordnung Vorreiter.

113 (347) In Zeiten von dysfunktionalen internationalen Institutionen bauen informelle  
114 Formate  
115 Brücken. Diese dürfen aber nicht Machtinstrumente gegenüber denen sein, die nicht  
116 an ihnen  
117 beteiligt sind. Zum Beispiel spielen die G20 eine wichtige Rolle für die internationale  
118 wirtschaftliche Zusammenarbeit und die Bewältigung globaler Herausforderungen. Sie  
119 müssen  
120 für andere Akteure offen sein. Langfristig sollen die Beratungen der G20 in den Sozial-  
121 und  
122 Wirtschaftsrat der Vereinten Nationen überführt werden.

119 (348) Neben der staatlichen Zusammenarbeit sind Bündnisse mit und zwischen  
120 Städten und  
121 Regionen, Wirtschaftsakteur\*innen sowie Zivilgesellschaften zentral. Nichtstaatliche  
122 Akteure  
123 gehören stärker in Aushandlungsprozesse auf bilateraler und multilateraler Ebene  
124 einbezogen  
125 und in ihrer Vernetzung untereinander unterstützt. Im Dialog mit der globalen  
126 Zivilgesellschaft und Privatwirtschaft können neue Wege entwickelt und neue  
127 Bündnispartner\*innen gefunden werden, um die sozial-ökologische Modernisierung  
128 voranzutreiben. Auch wenn es noch keine Einigung auf ein internationales Vorgehen  
129 gibt, kann  
130 so in zentralen Bereichen wie beim Handel oder in der Flucht- und Migrationspolitik  
131 vorangegangen werden.

128 (349) Zu einer fairen Globalisierung gehört die Stärkung regionaler  
129 Wirtschaftskreisläufe  
130 genauso wie die Mitbestimmung und demokratische Organisation auf kommunaler  
131 und regionaler  
132 Ebene.

131 (350) Die eigene kulturelle, sprachliche und religiöse Identität zu leben, ist für viele  
132 Menschen wesentlich. Statt in regionale Nationalismen, Unabhängigkeitsbestrebungen  
133 oder  
134 gewaltsame Konflikte zu verfallen, braucht es eine Politik für nationale Minderheiten,  
135 die  
136 deren Rechte auf kulturelle und sprachliche Vielfalt stärkt sowie gleichberechtigte  
137 gesellschaftliche Teilhabe und kulturelle Partizipation sichert und fördert.

### 136 **Globale Sicherheit**

137 (351) Eine an universeller Würde und Freiheit orientierte Politik denkt Sicherheit nicht  
138 von  
139 nationalen Grenzen, sondern von jedem einzelnen Menschen her. Zivile  
140 Krisenprävention,  
141 Menschenrechte, die Gleichberechtigung der Geschlechter, die Ermächtigung  
142 marginalisierter  
143 Gesellschaftsgruppen, eine gewaltfreie Regelung von Konflikten, Wiederaufbau, Klima-  
144 und  
145 Umweltschutz, gerechte Ressourcenverteilung und die Geltung des internationalen  
146 Rechts sind  
147 Grundlage einer nachhaltigen Friedens- und Sicherheitspolitik. Dazu gehören auch die  
148 europäische Integration und die Beteiligung an Systemen kollektiver Sicherheit.

- 144 (352) Über Frieden und Sicherheit nachzudenken sollte nicht erst beginnen, wenn  
beides schon  
145 in Gefahr ist. Konsequenz auf alle Politikfelder angewandt kann das Prinzip der  
Vorsorge  
146 viel Leid verhindern.
- 147 (353) Zivile Krisenprävention muss noch stärker institutionell verankert werden. Dazu  
bedarf  
148 es ausreichender Analysekapazitäten, Regionalkompetenz, Wirkungsforschung, eines  
149 intensivierten Wissenstransfers zwischen Wissenschaft, Praxis und Politik und der  
150 unmittelbaren Verfügbarkeit von Personal und Material. Zivile Krisenprävention und  
151 politische Konfliktlösung haben unbedingt Vorrang vor dem Einsatz militärischer  
Gewalt. Wo  
152 sich multiple Krisen häufen, kommt es besonders darauf an, bei der Krisenprävention  
153 schneller besser zu werden.
- 154 (354) Das allgemeine Gewaltverbot der VN-Charta ist eine große Errungenschaft. VN-  
geführte  
155 Friedenseinsätze sind ein zentrales Instrument kollektiver Friedenssicherung und als  
solche  
156 trotz aller Defizite – gerade durch eine größere europäische Beteiligung an  
157 Blauhelmeinsätzen – zu stärken.
- 158 (355) Die Europäische Union ist eine Friedensmacht. Das Primat des Zivilen und das  
breite  
159 Spektrum ziviler Instrumente zeichnen sie aus. Friedensmissionen, zivile  
Krisenprävention,  
160 Diplomatie, internationale Zusammenarbeit, humanitäre Hilfe und Auswärtige Kultur-  
und  
161 Bildungspolitik, Mediation, die Bereitstellung von Zivil- und Polizeiexperten,  
162 Rechtsstaatsförderung und gesellschaftliche Verständigungsarbeit sind die Stärken der  
Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU. Sie muss institutionell, personell  
163 und  
164 finanziell gestärkt und noch enger verzahnt werden.
- 165 (356) Maßgabe einer starken Außen- und Sicherheitspolitik sind der Schutz vor Gewalt  
und die  
166 gleichberechtigte Vertretung von Frauen auf allen Ebenen, bei allen Verhandlungen  
und in  
167 allen Gremien. Frauen sind fundamental für nachhaltige Versöhnungs- und  
Friedensprozesse. In  
168 der feministischen Außenpolitik stehen der Schutz und die Rechte aller  
marginalisierten,  
169 diskriminierten Bevölkerungsgruppen im Zentrum. Sie folgt dem Leitbild der  
„menschlichen  
170 Sicherheit“.
- 171 (357) Die Klimakrise ist ein globales Sicherheitsrisiko. Klimapolitik ist daher ein  
172 zentraler Bestandteil der globalen Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik. Dafür  
ist  
173 ein internationales Rahmenwerk auf VN- und EU-Ebene zur Vermeidung von Klima- und

- 174 Umweltkonflikten erforderlich, um Staaten und Regionen, die besonders von den  
175 Folgen der  
176 Klimakrise oder von Rohstoffknappheit, Dürren, Nahrungsknappheit und  
177 Überschwemmungen  
178 betroffen sind, zu schützen und zu unterstützen: die Responsibility to Prepare.
- 177 (358) Abrüstung, Rüstungskontrolle und die Nichtverbreitung von Waffen sind und  
178 bleiben  
179 wesentliche Pfeiler jeder Friedenspolitik. Abrüstung und Rüstungskontrolle bedeuten  
180 global  
181 mehr Sicherheit für alle. Es braucht ein strenges Regelwerk zur Abrüstung und zum  
182 Verbot von  
183 chemischen, biologischen, radiologischen und nuklearen Massenvernichtungswaffen.  
184 Dazu gehört  
185 eine Unterstützung des VN-Atomwaffenverbotsvertrags. Der Anspruch ist nichts  
186 Geringeres als  
187 eine atomwaffenfreie Welt.
- 183 (359) Exporte von Waffen und Rüstungsgütern an Diktatoren,  
184 menschenrechtsverachtende Regime  
185 und in Kriegsgebiete verbieten sich. Es braucht eine gemeinsame restriktive  
186 europäische  
187 Rüstungsexportkontrolle mit starken Institutionen und im Einklang mit den EU-  
188 Leitlinien für  
189 Rüstungsexporte. EU-Mitgliedstaaten, die gegen verbindliche europäische  
190 Rüstungsexportkriterien verstoßen, müssen mit Sanktionen rechnen. Der Einsatz von  
191 Sicherheitsfirmen in internationalen Konflikten muss streng reguliert und private  
192 Militärfirmen müssen verboten werden.
- 190 (360) Autonome tödliche Waffensysteme, die keiner Steuerung mehr durch den  
191 Menschen bei  
192 Auswahl und Bekämpfung von Zielen unterliegen, stellen eine unberechenbare  
193 Bedrohung dar. Um  
194 diese Entwicklung zu stoppen, braucht es international klare ethische Regeln und  
195 Verbote.  
196 Weiterentwickelte, verbindliche Regeln sollen eine Militarisierung des Weltraumes  
197 verhindern.
- 195 (361) Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten müssen sich gegen Angriffe auf  
196 ihre  
197 kritische Infrastruktur schützen. Um Angriffe über und auf das Internet zu verhindern,  
198 braucht es mehr eigene Anstrengung zur Sicherung der Infrastruktur und ein  
199 internationales  
200 Vertragswerk.
- 199 (362) Die Anwendung militärischer Kriegsgewalt bringt immer massives Leid mit sich.  
200 Wir  
201 wissen aber auch, dass die Unterlassung in einzelnen Fällen zu größerem Leid führen  
202 kann.  
203 Handlungsleitend in der internationalen Sicherheitspolitik ist auch das erweiterte VN-  
204 Konzept der Schutzverantwortung (Responsibility to Prevent, Protect, React, Rebuild),  
205 das  
206 uns als internationale Gemeinschaft verpflichtet, Menschen vor schwersten

- 204 Menschenrechtsverletzungen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu schützen.  
Zentral für  
205 Frieden, Versöhnung und Gerechtigkeit ist auch der Einsatz gegen die Straflosigkeit  
solcher  
206 Menschenrechtsverbrechen.
- 207 (363) Der Einsatz von militärischer Gewalt ist immer nur äußerstes Mittel. Bewaffnete  
208 Einsätze der Bundeswehr im Ausland sind einzubetten in ein System gegenseitiger  
kollektiver  
209 Sicherheit und in ein politisches Gesamtkonzept, basierend auf dem Grundgesetz und  
dem  
210 Völkerrecht. Bei Eingriffen in die Souveränität eines Staates oder dort, wo staatliche  
211 Souveränität fehlt, braucht es ein Mandat der Vereinten Nationen. Wenn das Vetorecht  
im  
212 Sicherheitsrat missbraucht wird, um schwerste Verbrechen gegen die Menschlichkeit  
zu decken,  
213 steht die Weltgemeinschaft vor einem Dilemma, weil Nichthandeln genauso  
Menschenrechte und  
214 Völkerrecht schädigt wie Handeln.
- 215 (364) Die Bundeswehr ist eine in internationalen Bündnissen verankerte  
Parlamentsarmee.  
216 Daraus erwächst eine Fürsorgepflicht des Parlaments gegenüber den Soldat\*innen  
sowie die  
217 Verpflichtung, sie entsprechend ihrem Auftrag und ihren Aufgaben auszustatten. Der  
Auftrag  
218 und die Aufgaben der Bundeswehr orientieren sich an den realen Herausforderungen  
für  
219 Sicherheit und Friedenssicherung. Deutschland soll sich auf seine Bündnispartner  
verlassen  
220 können und genauso sollen sich die Bündnispartner auf Deutschland verlassen.  
Direkte  
221 Einsätze im Rahmen der VN haben dabei Vorrang vor Einsätzen der EU oder der NATO.
- 222 (365) Die Prinzipien der „Inneren Führung“ und der „Staatsbürger\*innen in Uniform“  
binden  
223 die Soldat\*innen an die Gesellschaft und die Werte und Normen des Grundgesetzes.  
Eine  
224 Bundeswehr, die fest in unserer Gesellschaft verankert ist, muss die Vielfalt der  
225 Gesellschaft abbilden. Das betrifft den Anteil von Menschen unterschiedlicher sozialer  
226 Herkunft, mit und ohne Migrationserfahrung, von People of Color sowie von Frauen, die  
in der  
227 Bundeswehr beschäftigt sind. Menschenfeindliche Ideologien und rechte Strukturen in  
der  
228 Bundeswehr müssen konsequent verfolgt und zerschlagen werden. Unsere Geschichte  
lehrt uns,  
229 wie unersetzlich Demokratiebildung und antifaschistische Grundwerte gerade in einer  
Armee  
230 sind.
- 231 (366) Gemeinsam mit den internationalen Partnern muss die Europäische Union ihrer  
232 Verantwortung für die eigene Sicherheit und Verteidigung gerecht werden. Die  
gemeinsame

- 233 Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU setzt eine gemeinsame EU-Außenpolitik voraus.
- 234 Es braucht eine Sicherheitsunion, die parlamentarisch kontrolliert ist. Anstatt immer mehr
- 235 Geld in nationale militärische Parallelstrukturen zu leiten, sollte die verstärkte
- 236 Zusammenarbeit der Streitkräfte in der EU ausgebaut und militärische Fähigkeiten sollten
- 237 gebündelt werden. Dafür braucht es eine geeignete Ausstattung, den Ausbau von EU-Einheiten
- 238 sowie eine Stärkung des gemeinsamen europäischen Hauptquartiers.
- 239 (367) Die Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union muss strategisch,
- 240 vorausschauend, umfassend und schnell handlungsfähig sein. Dazu braucht es eine gemeinsame
- 241 Analysefähigkeit sowie eine Stärkung des Europäischen Auswärtigen Dienstes. Schritt für
- 242 Schritt sollen immer mehr Entscheidungen in diesem Bereich mit qualifizierter Mehrheit
- 243 getroffen werden können.
- 244 (368) Die NATO ist auf absehbare Zeit ein unverzichtbarer und sicherheitspolitischer
- 245 Renationalisierung entgegenwirkender Bestandteil der europäischen Sicherheitsarchitektur
- 246 sowie der transatlantischen Beziehungen. Sie leidet unter divergierenden
- 247 sicherheitspolitischen Interessen innerhalb der Allianz und einer unklaren strategischen
- 248 Perspektive. Es braucht eine strategische Neuausrichtung. Mit einer stärkeren militärischen
- 249 Zusammenarbeit und Koordinierung innerhalb der EU und mit den europäischen NATO-Partnern
- 250 Großbritannien und Norwegen können europäische strategische Interessen geschlossen und
- 251 durchsetzungsstärker vertreten werden.
- 252 (369) Frieden in Europa bedeutet mehr als Frieden, Sicherheit und Stabilität in der EU. Wir
- 253 teilen die Vision einer gesamteuropäischen Sicherheitsordnung innerhalb des OSZE-Raums. Die
- 254 OSZE braucht eine Stärkung, um das Ziel eines Systems kollektiver Sicherheit in ganz Europa
- 255 voranzubringen.
- 256 **Globale Strukturpolitik**
- 257 (370) In einer verflochtenen Welt verbinden und überkreuzen sich alle Bereiche der Politik.
- 258 Globale Strukturpolitik muss sich für die sozial-ökologische Transformation von einer
- 259 „Politik nach außen“ lösen und einen abgestimmten, vernetzten Ansatz verfolgen. Das heißt
- 260 auch, das Denken in einzelnen Ressorts zu beenden und innere Widersprüche im
- 261 Regierungshandeln konsequent auszuräumen. Alle politischen Entscheidungen müssen einem
- 262 verpflichtenden Nachhaltigkeitscheck unterzogen werden.

- 263 (371) Handlungsrahmen für das Gesamtregierungshandeln sind die Menschenrechte,  
die  
264 Klimaziele von Paris und die Agenda 2030 mit ihren 17 Zielen für eine nachhaltige  
265 Entwicklung. Sie sind Voraussetzung dafür, Strukturen global und nachhaltig gestalten  
zu  
266 können. So konnten Erfolge bei der Bekämpfung von Armut und Hunger sowie beim  
Zugang zum  
267 Gesundheits- und Bildungssystem erreicht werden. Das Recht auf Entwicklung gilt  
weltweit. Um  
268 die globalen Nachhaltigkeitsziele einzuhalten und das globale Zusammenleben  
möglichst  
269 krisenfest zu gestalten, braucht es kohärente Politik in allen Politikfeldern.
- 270 (372) Internationale Zusammenarbeit mit Staaten und Zivilgesellschaften in ärmeren  
Regionen  
271 der Welt ist weder auf Entwicklungszusammenarbeit zu reduzieren noch einseitigen  
272 wirtschafts- oder sicherheitspolitischen Interessen unterzuordnen. Internationale  
273 Zusammenarbeit basiert vielmehr auf rechtebasierter Kooperation, dem  
Partnerschaftsprinzip  
274 bei globalen Herausforderungen, auf Selbstbestimmung und hat globale Gerechtigkeit  
und die  
275 Sicherung globaler öffentlicher Güter zum Ziel.
- 276 (373) Die Fehler der Ausbeutung von Mensch und Natur müssen überwunden werden  
durch ein  
277 faires und nachhaltiges Wachstums- und Wohlstandsmodell. Aus den Verbrechen des  
278 Kolonialismus erwächst für Deutschland und Europa eine besondere Verantwortung.  
279 Wertegeleitete Politik hat ihr Handeln konsequent auf friedens-, menschenrechts- und  
280 klimapolitisch kontraproduktive Wirkungen zu prüfen und Schädliches zu unterlassen.
- 281 (374) Es braucht eine starke öffentliche Säule der Entwicklungsfinanzierung. Sie  
gehört  
282 wirksam ausgeweitet und verbessert. Die globale Transformation bedeutet vor allem in  
ärmeren  
283 Ländern massive Investitionen. Diese nachhaltig, sozial-ökologisch und auf lokale  
284 Bedürfnisse ausgerichtet bereitzustellen, muss ein zentrales Ziel der globalen  
285 Finanzierungsarchitektur sein. Internationale Zusagen müssen verbindlich eingehalten  
und die  
286 Förderung der Geschlechtergerechtigkeit muss berücksichtigt werden. In der  
internationalen  
287 Klimafinanzierung stehen die Industriestaaten gegenüber den ärmeren Ländern bei  
der  
288 Anpassung und bei der Bewältigung von Schäden und Verlusten in der Verantwortung.
- 289 (375) Als weltweit größte Geberin hat die EU ein großes Potential für mehr Kohärenz  
und  
290 Effizienz in der globalen Strukturpolitik. Ziel ist mittelfristig eine europäische  
291 Vergemeinschaftung der nationalen Entwicklungspolitiken der Mitgliedstaaten. Eine  
gemeinsame  
292 europäische Entwicklungszusammenarbeit soll zu einem Kern des gemeinsamen  
europäischen  
293 Handelns werden.

294 (376) Nachhaltiger Frieden und Demokratie sind auf eine aktive Zivilgesellschaft  
angewiesen.  
295 Eine lebendige Zivilgesellschaft trägt dazu bei, Korruption und soziale Ungleichheit zu  
296 bekämpfen. Daher gilt es, die Handlungsspielräume einer kritischen Zivilgesellschaft  
global  
297 zu verteidigen und die Selbstorganisationskräfte der Zivilgesellschaft zu stärken und  
zu  
298 erweitern.

## 299 **Handel**

300 (377) Internationaler Handel verbindet Menschen und Staaten, ermöglicht Teilhabe an  
Gütern  
301 und Dienstleistungen und die Verbreitung von Innovationen. Handel ist kein  
Selbstzweck,  
302 sondern dient einem gerechten Wohlstand und damit der menschlichen Entfaltung. Er  
soll fair  
303 gestaltet und demokratisch kontrolliert werden. Er muss zur Umsetzung der VN-  
304 Nachhaltigkeitsziele und des Pariser Klimaabkommens beitragen, anstatt diese zu  
305 konterkarieren.

306 (378) Eine demokratische Welthandelsordnung unter dem Dach einer reformierten  
WTO soll für  
307 den regelgebundenen Ausgleich von Interessen stehen. Auch fortschrittliche bilaterale  
308 Abkommen sind wichtige Schritte auf diesem Weg, wenn sie transparent und  
demokratisch  
309 zustande kommen und sich an globalen Gemeinwohlinteressen ausrichten.

310 (379) Europäische Handelspolitik ist ein starkes Instrument, um Umwelt-, Tier- und  
311 Klimaschutz, die Einhaltung der Menschenrechte und soziale Standards wie den Schutz  
von  
312 Arbeitnehmer\*innen-Rechten mit Wirtschaftsinteressen in Einklang zu bringen und  
weltweit  
313 durchzusetzen. Bereiche der Daseinsvorsorge, also öffentliche Güter wie  
beispielsweise  
314 Bildung, Gesundheit, soziale Sicherheit oder Wasser, sind staatliche Aufgaben und  
315 unterliegen einem öffentlichen Interesse. Sonderrechte und Sonderjustiz für Konzerne  
sind  
316 auszuschließen.

317 (380) Es braucht weltweit eine regionale Versorgungssicherheit mit  
überlebensnotwendigen  
318 Lebens- und Arzneimitteln. Daher dürfen diese nicht allein krisenanfälligen globalen  
319 Lieferketten überlassen werden, sondern müssen auch im europäischen Binnenmarkt  
produziert  
320 werden können.

321 (381) Handelsabkommen sind stark, wenn sie regionale Wirtschaftskreisläufe beachten  
und  
322 Instrumente beinhalten, welche die Einhaltung der Nachhaltigkeitsziele sichern, wie  
zum  
323 Beispiel Mindeststandards oder Handelsbeschränkungen.

- 324 (382) Fairer Handel braucht einen Abbau der Ungleichgewichte im Welthandel und in  
325 der Eurozone. Deutschland hat dabei eine besondere Verantwortung und sollte mit  
326 öffentlichen Investitionen, guten Löhnen oder einer Stärkung der Binnennachfrage seinen  
327 Handelsbilanzüberschuss schrittweise reduzieren.
- 328 (383) Ärmere Länder sind im Welthandel mit einer asymmetrischen Zollpolitik zu  
329 stärken. Sie sollen souverän entscheiden, welche Bereiche ihrer Wirtschaft sie öffnen und welche  
330 sie vorerst schützen wollen. Industriestaaten müssen unter Berücksichtigung hoher  
331 ökologischer und sozialer Standards ihre Märkte hingegen für diese Länder öffnen und sollen  
332 Exporte nicht subventionieren, die lokale Märkte zerstören. Denn formal gleiche Rechte bei ungleich  
333 verteilter ökonomischer Macht führen zu ungerechten Ergebnissen.
- 334 (384) Herstellung, Produktion und Transport der Waren für den europäischen Markt  
335 müssen frei sein von ausbeuterischer Arbeit, Menschenrechtsverletzungen, Kinderarbeit und  
336 Umweltzerstörung. Dafür soll Fair Trade Standard werden. Das gilt für den gesamten  
337 Weg der Lieferketten und ist über vollständige Transparenz, etwa durch digitale Verfahren,  
338 sowie über gesetzliche Verpflichtungen herzustellen. Dabei kommt der öffentlichen Hand als  
339 weitaus größtem Beschaffer eine besondere Verantwortung zu.
- 340 **Finanzmärkte und Währungsordnung**
- 341 (385) Unregulierte globale Finanzmärkte haben zu Beginn des 21. Jahrhunderts eine  
342 schwere Wirtschaftskrise ausgelöst und weltweit für schwere Verwerfungen gesorgt.  
343 Kurzfristige, spekulative Finanzströme sollen daher reguliert, verteuert und notfalls verboten  
344 werden. Auch mit Steuerumgehung und nicht gesicherten Spekulationen soll künftig kein Geld  
345 mehr verdient werden. Steuersümpfe müssen trockengelegt und internationale  
346 Steuerhinterziehung muss bekämpft werden.
- 347 (386) Nachhaltige internationale Direktinvestitionen fördern die weltweite Entwicklung  
348 und gehören zu einer starken europäischen Außenwirtschaftspolitik. Eine gerechte  
349 Weltwährungsordnung ermöglicht allen Ländern – nicht nur den wohlhabenden – eine  
350 langfristige und damit verlässliche Finanzierung von Investitionen. Neben einer  
351 Regulierung von kurzfristigem Kapitalverkehr braucht es dafür die Stabilisierung von  
352 Wechselkursen.
- 352 (387) Nur globale öffentliche Institutionen können gegen spekulative Attacken auf  
Staaten

353 und ihre Währungen absichern. Langfristiges Ziel ist daher eine weltweite Kooperation  
354 der Zentralbanken sowie eine Stärkung und Demokratisierung des Internationalen  
355 Währungsfonds (IWF). So soll Liquidität sichergestellt, dem globalen Finanzmarkt ein  
356 stabiler Rahmen gesetzt und Krisen sollen so verhindert werden. Die Europäische  
357 Zentralbank steht schon jetzt in der Verantwortung, die Auswirkungen ihrer Politik auf weniger und  
358 am wenigsten entwickelte Länder zu berücksichtigen sowie Wechselkurse zu stabilisieren  
359 und abzusichern. So hilft europäische Geldpolitik, spekulative Kapitalflucht aus diesen  
360 Ländern zu vermeiden und deren Entwicklung zu fördern.

361 (388) Schulden können – wenn das Geld gut investiert wird – Entwicklung fördern und  
362 die notwendige Finanzierung für die sozial-ökologische Transformation bereitstellen.  
363 Überschuldung hingegen schadet insbesondere den Ärmsten der Armen. Aber sie  
364 bremst auch die Verwirklichung der Nachhaltigkeitsziele, gefährdet Gesundheitsversorgung, Bildung  
365 und Infrastruktur in vielen Ländern. Die internationale Gemeinschaft muss regelbasierte  
366 Verfahren ermöglichen, um bei Zahlungsunfähigkeit von Staaten durch Schuldenerlasse,  
367 Zahlungsaufschübe oder einen Schuldenschnitt einen Ausgleich zu finden.

368 (389) Zu einer weltpolitikfähigen EU gehört eine sichere und starke Währung. Der Euro  
369 soll zu einer globalen Leitwährung werden. Voraussetzung dafür sind eine gemeinsame  
370 Fiskalpolitik der EU sowie die Herausgabe sicherer und liquider gemeinsamer Anleihen, abgesichert  
371 mit eigenen Steuerquellen. Europas strategische Souveränität soll auch durch eigene  
372 europäische Zahlungssysteme und ein digitales Zentralbankgeld sichergestellt werden.

### 373 **Migration und Flucht**

374 (390) Migration ist etwas zutiefst Menschliches und war stets Triebfeder für  
375 Entwicklung und globale Zusammenarbeit, genauso Quelle von Austausch und Innovation. Migration ist  
376 kein Ausnahmezustand, sondern prägt und verändert seit Jahrhunderten auch unsere  
377 Gesellschaft und unseren Alltag auf allen Ebenen. Unsere Demokratie ist keine, in der Zugehörigkeit auf  
378 Herkunft basiert, sondern eine offene Gesellschaft, in der wir uns gemeinsam darüber  
379 verständigen, wie wir zusammenleben wollen.

380 (391) Der Globale Pakt für Migration stärkt und sichert die Rechte und die Freiheit von  
381 Menschen, die nicht in ihrem Geburtsland leben, arbeiten oder zur Schule gehen. Er ist  
382 Grundlage für die internationale Verständigung zum rechtebasierten Umgang mit

Migration und  
383 soll in diesem Sinne weiterentwickelt werden. Seine Prinzipien müssen national  
verbindlich  
384 umgesetzt werden.

385 (392) Migration braucht legale Zugangswege. Deutschland ist ein Einwanderungsland.  
Deshalb  
386 braucht es ein Einwanderungsgesetz mit fairen und diskriminierungsfreien Kriterien für  
387 legale Einwanderung. Das schließt ein Recht auf Familienleben mit ein sowie dass  
Menschen  
388 ihren Status wechseln und zwischen ihrem Herkunftsland und dem Wohnort hin- und  
herreisen  
389 können. Menschen, die hier leben, sollen schnell den Zugang zu staatsbürgerlichen  
Rechten  
390 bekommen. Dafür braucht es ein modernes Staatsbürgerschaftsrecht, das mehrere  
391 Staatsbürgerschaften ermöglicht.

392 (393) Menschen, die aufgrund von politischer Verfolgung, Folter, massiven  
393 Menschenrechtsverletzungen oder Krieg gezwungen sind, ihre Heimat zu verlassen,  
werden durch  
394 das Asylrecht geschützt. Das international verankerte Recht, in einem anderen Land  
Schutz zu  
395 suchen, beruht auf den Lehren aus dem Menschheitsverbrechen der Shoah. Die  
völkerrechtlich  
396 verbindlichen Regeln, insbesondere der Genfer Flüchtlingskonvention, gelten  
universell und  
397 uneingeschränkt für alle Geflüchteten. Das individuelle Grundrecht auf Asyl ist  
Grundpfeiler  
398 einer menschenrechtsorientierten Politik und muss unangetastet bleiben. Der Globale  
Pakt für  
399 Flüchtlinge steht für das Bestreben, Flucht international menschenwürdig zu gestalten  
und  
400 die Rechte der Betroffenen zu schützen. Entsprechend muss der internationale  
Umgang mit  
401 Geflüchteten rechtebasiert weiterentwickelt werden.

402 (394) Egal wo jemand herkommt, egal wo jemand hinwill oder aus welchem Grund ein  
Mensch in  
403 Seenot ist: Menschen sind aus Lebensgefahr zu retten und an einen sicheren Ort zu  
bringen.  
404 Dort, wo Menschen in Not sind, haben Staaten die Verantwortung, Rettungen zu  
koordinieren  
405 und zu organisieren. Dafür braucht es ein gemeinsames EU-Seenotrettungssystem.  
406 Hilfsorganisationen, die Menschen aus Seenot retten, müssen unterstützt und dürfen  
nicht  
407 kriminalisiert werden.

408 (395) Die weltweite Zahl von Menschen auf der Flucht steigt auch durch klimabedingte  
409 Katastrophen, die wiederum bestehende Konflikte weiter verschärfen. Ziel muss sein,  
durch  
410 Klimaanpassung und -schutz zu verhindern, dass Menschen aufgrund der Klimafolgen

- ihre Heimat  
411 verlassen müssen. Menschen, denen Staatenlosigkeit droht oder die dauerhaft ihre  
Heimat  
412 verlieren, brauchen Möglichkeiten zur würdevollen Migration. Sie dürfen nicht in eine  
413 Schutzlücke geraten. Perspektivisch brauchen sie einen völkerrechtlichen  
Schutzstatus.
- 414 (396) Menschen brauchen Perspektiven. Duldungen bedeuten einen Zustand in der  
Schwebe,  
415 fortdauernde Unsicherheit und Perspektivlosigkeit. Ein solcher Ausnahmezustand muss  
Ausnahme  
416 bleiben. Menschen, die dauerhaft hier leben, brauchen ein Bleiberecht. Abschiebungen  
in  
417 Kriegs- und Krisengebiete verbieten sich.
- 418 (397) Rechtsstaatliche, schnelle und geordnete Verfahren ermöglichen die  
Wahrnehmung der  
419 menschenrechtlichen und humanitären Verantwortung der EU. Abschottung ist nicht  
nur inhuman,  
420 sondern führt zu Chaos. Rechtsstaatlich kontrollierte EU-Außengrenzen, eine  
zuverlässige  
421 Registrierung – perspektivisch über eine eigene europäische Asylbehörde – sowie ein  
422 einheitliches europäisches Asylsystem, das die Verantwortung innerhalb der EU fair  
verteilt,  
423 sind die Grundlagen einer gemeinsamen EU-Asylpolitik. Grenzen sind nur  
rechtsstaatlich  
424 geschützt, wenn Menschenrechte an diesen Grenzen geschützt werden.
- 425 (398) Nicht jede\*r hat das Recht auf Asyl, aber jede\*r hat das Recht auf ein  
426 rechtsstaatliches Verfahren mit individueller Prüfung sowie auf eine würdige  
Unterbringung  
427 und Behandlung. Zugang zu rechtlicher Beratung und Widerspruchsmöglichkeiten  
sowie zu  
428 ärztlicher Versorgung muss in dieser Zeit gewährleistet sein.
- 429 (399) Um eine humanitäre Versorgung von geflüchteten Menschen auch außerhalb der  
430 Europäischen Union zu unterstützen, sind Kooperation und Solidarität mit  
Nachbarstaaten und  
431 weiteren Aufnahmeländern notwendig. Kooperationen mit Drittstaaten dürfen jedoch  
nicht zu  
432 Menschenrechtsverletzungen führen oder zum Ziel haben, Schutz in Europa unmöglich  
zu machen.  
433 Besonderen Schutz brauchen vulnerable Gruppen wie zum Beispiel Frauen, Kinder,  
LGBTIQ, alte  
434 und kranke Menschen.
- 435 (400) Das Bekämpfen von Fluchtursachen heißt, die Gründe für Flucht und nicht die  
Menschen  
436 auf der Flucht zu bekämpfen. Europäische Politik muss sich danach ausrichten, die  
437 politischen Herausforderungen global zu denken und auch lokal dafür Sorge zu tragen,  
globale  
438 Gerechtigkeit zu stärken. Europäische Wirtschafts-, Finanz-, Handels-, Agrar- oder

- 439 Rüstungsexportpolitik muss konsequent auf ihre sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen
- 440 Wirkungen in Drittstaaten überprüft werden und nach dem Pariser Klimaabkommen, den
- 441 Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen sowie den Menschenrechten gestaltet sein.
- 442 (401) Im Zentrum unserer Asyl- und Migrationspolitik steht der Mensch in seiner Würde und
- 443 Freiheit. Unser Ziel ist eine Welt, in der Menschen nicht zur Flucht gezwungen werden.